Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Briefe Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,750
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unsr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 24. **Sonnabend** den 24. Januar 1885. **79. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 25. Januar,
Vormittags nur bis ½9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Vermiethung.

Im rechten Seitengebäude des Grundstücks der **Grünen Linde,** Petersteinweg Nr. 11, ist eine **Niederlage** (die 3. vom Hofeingange aus) gegen **einvierteljährliche Kündigung sofort** anderweit zu **vermiethen** und werden Miethgesuche auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen.

Leipzig, den 21. Januar 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stiß.

Steckbrief.

Gegen den Bäckergesellen **Carl Jülich,** 22 Jahre alt, angeblich aus Leipzig, welcher sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften, in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern und mir zu den Acten J. 82/85 Nachricht zu geben.

Magdeburg, den 16. Januar 1885.

Der Erste Staatsanwalt.

Nichtamtlicher Theil.

Englische Colonialpolitik.

Das Weißbuch über Fidschi hat recht hübsche Dinge ans Tageslicht gebracht. Man könnte ihm die Ueberschrift geben: Englischer Uebermuth gegen Deutsche in fernen Gegenden. Volle zehn Jahre hat es gedauert, bis die englische Regierung sich auch nur bereit erklärte, die gerechten Beschwerden der Deutschen auf Fidschi untersuchen zu lassen und einen Commissar zu diesem Zweck an Ort und Stelle zu senden. Es ist nicht recht klar, aus welchem Grunde England am 10. October 1874 die Fidschi-Inseln mit dem englischen Reiche vereinigte, denn englische Interessen waren dort kaum in dem Maße vertreten wie deutsche; aber ganz besonders befremdend muß es erscheinen, daß der englischen Bevollmächtigten deutsches Landeigenthum ohne Weiteres für Eigenthum der englischen Krone erklärten und daß ein Gesetz erlassen wurde, welches alle vor dem 1. Januar 1871 datirenden Schuldforderungen für erloschen erklärte. Nach diesem Verlauf bleibt nur die Annahme übrig, daß England die Fidschi-Inseln einverleibte, um die Deutschen, welche dort ansässig waren, zu berauben. Dieser Auffassung ist auch ziemlich deutlich in einer Note vom 16. April 1883 Ausdruck gegeben, in welcher es heißt: „Die Reichsangehörigen würden, falls gegen die bisherigen Entscheidungen eine Remedur in der angedeuteten Weise versagt bleiben sollte, sich in Zukunft mit Recht durch die Besitzergreifung Englands von bisher unabhängigen Gebieten in dem Genuß der von ihnen dort mit Opfern und Gefahren erworbenen Eigenthumsrechte für bedroht erachten. Für die kaiserliche Regierung kann es aber nicht gleichgiltig sein, wenn der deutsche Handelsstand in seinem Vertrauen zu dem Schutze und dem geordneten Rechtsverfahren, welches er überall erwartet, wo die britische Flagge weht, erschüttert wird und in Folge dessen sich genöthigt sieht, das deutsche Reich zur Vertretung seiner wohlerworbenen Rechte anzurufen." Da sind also die Entstehungsgründe der deutschen Colonialpolitik plötzlich in ganz überraschender Weise klar gelegt. Zuerst bestand auf Seiten der deutschen Reichsregierung die Auffassung, daß die Einsetzung einer englischen Colonialregierung in einem bis dahin unabhängigen Lande den Schutz der dort angesiedelten Kaufleute anderer Nationen bedeute, die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß der vorher bestehende gleichsam rechtlose Zustand dem Recht, welches die Engländer einführen, weit vorzuziehen ist. Vielleicht würde Deutschland heute noch keine Colonie besitzen, wenn nicht England durch sein ganz unverantwortliches Verfahren gegen deutsche Reichsangehörige in fernen Ländern selbst die deutsche Besitzergreifung als das beste Mittel an die Hand gegeben hätte, um englischer Vergewaltigung gegen Deutsche in Zukunft vorzubeugen. Die Veröffentlichungen in Sachen Angra Pequenas und Fidschis erinnern lebhaft an die Mittheilungen französischer Anerbieten zur Zeit des deutsch-französischen Krieges durch den „Staatsanzeiger". So wie damals ungeahntes Licht über die Machinationen der französischen Regierung verbreitet wurde, welche auf Kosten deutscher Bundesstaaten einen Länderschacher zwischen Frankreich und Preußen anbahnten, so wird durch die neuesten Veröffentlichungen klar, in welch brutaler Weise England in seinen Colonien gegen die Angehörigen anderer Nationen verfährt. Als Deutschlands Flotte noch nicht hinreichend erstarkt war, um mit Erfolg neben England in Afrika und Australien auftreten zu können, beschränkte sich die Reichsregierung auf Unterhandlungen, indem sie jedoch stets im Auge behielt, zur gelegenen Zeit den thatsächlichen Schutz deutscher Ansiedler selbst auszuüben.

In England selbst hat die Handlungsweise der englischen Regierung in Sachen Angra Pequenas den allerschlechtesten Eindruck gemacht; was werden die englischen Preßorgane aber erst sagen, wenn sie das neueste deutsche Weißbuch über Fidschi einer näheren Betrachtung unterzogen haben? Die ganze Aufführung ist so unter aller Würde, daß an den Versuch einer Entschuldigung gar nicht zu denken ist, und wir können in Deutschland nur Gott danken, daß jetzt aus einem anderen Tone mit England gesprochen wird. Die Engländer traten bis zum Jahre 1884 außerhalb Europas mit dem Gefühle auf, daß sie die Herren der Welt seien; wenn sich irgendwo in der Nähe ihrer Colonien der deutsche Unternehmungsgeist regte, dann waren sie sogleich bei der Hand, ihm die Flügel zu beschneiden. Die Australier haben wahrlich keine Veranlassung, über Vernachlässigung der englischen Colonialinteressen in Australien zu klagen, selbst die bescheidensten Concurrenzbestrebungen sind von jeher mit der größten Rücksichtslosigkeit niedergetreten worden. Der Ton, welchen Lord Derby im englischen Parlamente in Sachen Angra Pequenas anstimmte, war noch von der alten Anschauung diktirt, daß England der geborne Herrscher des Weltalls sei. Man vergleiche damit die heutigen Verhältnisse, und man wird erkennen, daß darin ein sehr bemerkenswerther Umschwung eingetreten ist. Die englische Regierung sieht allmälig ein, daß die bisherige Colonialpolitik nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Jetzt wird aber in anderer Weise vorgegangen: Alles was nur irgend annexionsfähig erscheint, wird schleunigst für England reclamirt, daß etwaige Concurrenten das Nachsehen haben. So hat England den Süden von Neuguinea besetzt und ganz neuerdings die Louisiaden, den Woodlark-Huongolf und die Entrecasteauxinseln. Auch auf die Samoainseln haben sie ihr Augenmerk gerichtet, und wenn Deutschland nicht auf die älteren Rechte, welche es auf diese Inseln hat, hingewiesen hätte, so würde die englische Regierung mit der Besitznahme nicht gezögert haben. Die neuesten Besitzergreifungen Englands sind deshalb so beschämend für diese Macht, weil sie augenscheinlich nur aus dem Grunde geschehen sind, um Deutschland in der Nähe englischer Besitzungen nicht Fuß fassen zu lassen. Es ist das so kleinlich und erbärmlich, daß man nicht Worte findet, um dieses Verfahren hinreichend zu kennzeichnen. Wenn England in der Lage wäre, die neuen Besitzungen entsprechend zu verwerthen, wenn dort englische Interessen in Betracht kämen, wenn Handelsniederlassungen dazu berechtigten, dann wäre kein Wort darüber zu verlieren. Das ist aber nicht der Fall, nur die niedrigste Habgier und der Wunsch, für Deutschland womöglich nichts übrig zu lassen, leitet die Schritte Englands bei dieser jämmerlichen Action. Englische Zeitungen haben es gerade heraus gesagt, daß England doch wahrlich Colonialbesitz genug habe und darunter große Strecken unbewohnten, erst noch urbar zu machenden Landes. England ist im Besitz des australischen Festlandes, Indiens, des Caplandes und anderer großer Landstrecken in Afrika, jetzt ist es im Begriff, Egypten zu annectiren und immer ist sein Länderhunger nicht gestillt; nicht einmal die Louisiaden gönnt es einer andern Macht. Eine derartige Politik ist in der That so elender Natur, daß sie früher oder später Fiasco machen muß.

Die bisherigen Gegner der deutschen Colonialpolitik werden wohl nun nachgerade einsehen, daß es sich bei den deutschen Besitzergreifungen in Afrika und Australien nur um ein Gebot der Selbsterhaltung handelte. Die deutsche Reichsregierung durfte nicht länger die Interessen deutscher Ansiedler dem guten Willen einer Macht anheimstellen, mit welcher wir so traurige Erfahrungen gemacht haben, wie auf Fidschi. Das Archiv des Auswärtigen Amtes verfügt vermuthlich noch über zahlreiche andere Beweise der Erbärmlichkeit englischer Colonialpolitik, aber die Herren Windthorst und Consorten werden wohl an dem, was vorliegt, jetzt genug haben. Als vom Bundesrathe darauf hingewiesen wurde, wie theuer das Leben in Capstadt sei, entgegnete Windthorst, daß er die geforderte Summe für den Generalconsul in Capstadt bewilligt hätte, wenn ihm das früher bekannt gewesen wäre; vielleicht beruft er sich jetzt wieder wegen seiner bisherigen Haltung in Colonialangelegenheiten darauf, daß der Schriftenwechsel zwischen der deutschen und englischen Regierung wegen Fidschi ihm nicht bekannt war. Nun ist die Sachlage aber bekannt, Windthorst hat also jetzt keine Position mehr, auf die er sich zurückziehen kann, ohne daß seine wahren Beweggründe klar hervortreten.

Leipzig, 24. Januar 1885.

* Das Centralcomité für eine Ehrengabe an den Reichskanzler tritt jetzt mit einem von zahlreichen angesehenen Männern verschiedener Parteistellung unterzeichneten Aufruf an die Oeffentlichkeit. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich alle andern zu demselben Zwecke gebildeten Organisationen diesem Centralcomité einfügen werden und auf diese Weise die nothwendige Einheitlichkeit des Vorgehens erzielt wird. Wir wünschen dem schönen Unternehmen den besten Erfolg und zweifeln nicht daran, daß sich die Dankbarkeit und Verehrung für unseren Reichskanzler in einer imposanten Kundgebung der weitesten Kreise, auch solcher, die in den Fragen innerer Politik zur Opposition gehören, äußern wird. Die unvergänglichen nationalen Verdienste des Fürsten Bismarck kann und muß jeder Deutsche anerkennen, und der Aufruf des Centralcomités vermeidet geradezu ängstlich, der Kundgebung eine parteipolitische Färbung zu geben. Der Ruf zur Mitwirkung ergeht an „alle Deutschen". Es berührt nicht erfreulich, daß sich trotzdem von dem Aufruf das Centrum ganz und die deutschfreisinnige Partei auch fast ganz ferngehalten hat. Die bekannten Politiker der letzteren Partei fehlen; sie scheinen es darauf anzulegen, die Kluft zwischen sich und der Stimmung und dem Gefühl der großen Mehrheit unseres Volkes immer breiter werden zu lassen; von deutschfreisinnigen Abgeordneten finden wir einzig und allein den Namen des Herrn Siemens. Wir hoffen, die Thatsache, daß die deutschfreisinnigen Führer es nicht über sich vermochten, sich an dem Unternehmen zu betheiligen, wird für den dieser Parteirichtung angehörigen Theil des deutschen Bürgerthums kein Grund sein, sich auch seinerseits dieser nationalen Kundgebung fernzuhalten.

* In der Donnerstag-Sitzung des Bundesrathes wurden die Vorlagen, betreffend die Bildung von Berufsgenossenschaften auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes und betreffend die Ergänzung des Entwurfs des Reichshaushalts-Etats für 1885/86, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Der Gesetzentwurf wegen des Beitrags des Reiches zu den Kosten des Anschlusses Bremens an das deutsche Zollgebiet wurde genehmigt.

* * *

* Ueber die Bestrebungen der Czechen und Slovenen fällte vor nicht langer Zeit der Pariser „Figaro" ein ebenso interessantes als gerechtes Urtheil. Das Blatt schrieb unter Anderem: „Ist es nicht lächerlich, sich ewig über den Werth der beiden in Böhmen gesprochenen Sprachen zu streiten? Es giebt in dieser Provinz Bezirke, wo man auf hunderttausend Deutsche nicht dreißig Czechen findet, und wegen dieser dreißig Bewohner sollen alle Beamte des Bezirkes czechisch lernen? Wäre das nicht ein höchst lächerlicher Despotismus? Bisher haben die czechischen Kinder das Deutsche zugleich mit ihrer Muttersprache erlernt, und das ist für sie in allen Berufszweigen sehr nützlich. Heute dulden es die czechischen Patrioten nicht mehr, daß die armen Kleinen Deutsch lernen; denn — sagen sie — dies würde sie geistig herunterdrücken! In Frankreich wird man solche Albernheiten nicht begreifen. Und doch, wo wäre der Deutschen-haß mehr als bei uns berechtigt? Das hindert aber nicht, daß das Erlernen dieser Sprache niemals verbreiteter in Frankreich war als nach dem deutschen Kriege. Des Feindes Sprache lernen, heißt ihm eine Waffe rauben. Die Czechen denken das Gegentheil. Sie glauben, wenn sie das Tageslicht leugnen, heller zu sehen, und wenn sie nicht Deutsch können, dadurch das Gedeihen der czechischen Literatur zu fördern. Denn alle diese so verschiedenen Nationalitäten, welche die politischen Angelegenheiten Oesterreichs so unverständlich machen, sind darauf versessen, eine eigene Literatur zu haben. Slovenen, Slovaken, Kroaten — alle möchten gern einen Corneille, Racine, Voltaire hervorgebracht haben, und oft spricht man von einer Literatur, wo es nicht einmal noch eine Sprache giebt. Das Slovenische zum Beispiel wird erst gegenwärtig fabricirt, indem man es mit mühselig geschmiedeten Neuwörtern ausstattet, die der slovenische Bauer gar nicht versteht; man sucht sie auf alle Weise zu bereichern und spricht natürlich stolz von den Schätzen der slovenischen Literatur. Eines Tags rief der Graf Auersperg im Landtag zu Laibach: „Hier hab' ich die ganze slovenische Literatur in der Tasche", und zog ein kleines Buch, die Uebersetzung des Neuen Testamentes hervor. Seitdem hat man slovenische Wörterbücher und Sprachlehren hergestellt. Aber bildet eine Anzahl von Büchern für den Kasten einer Gemeindebibliothek eine Literatur? Die slovenischen Hetzer behaupten es, und in Triest, wo sie gegen die Italiener kämpfen, entblödeten sie sich nicht, ihre Sprachbücher und Katechismen der Literatur eines Dante, Boccaccio und Ariosto gegenüberzustellen. Was die Czechen betrifft, liegt die Sache anders. Sie sind stets im großen Strom der Civilisation geblieben, ihre Sprache war stets in vollem Leben, und ihre Literatur ist deshalb kein leeres Wort. Nur wird der Werth einer Literatur stets im Verhältniß zur numerischen Bedeutung eines Volkes stehen. Die fünf Millionen Czechen werden die Thatsache nicht verhindern, daß das Italienische von dreißig, das Deutsche von vierzig (richtiger 66) Millionen Menschen gesprochen wird. Was ist die portugiesische, bretonische, baskische Literatur gegen die französische? Der berühmte czechische Geschichtschreiber Palacky befand sich meist bei einem ihm befreundeten Dichter. Sie sprachen von Poesie und Nationalliteratur. Der Geschichtschreiber hatte eine Anwandlung launiger Aufrichtigkeit und rief aus: „Wenn man denkt, daß alles dies nur an einem Faden hängt! Wenn dieser Plafond einstürzte, so wäre unsere ganze Literatur begraben." Das Wort wurde vor zwanzig Jahren gesprochen und ich glaube nicht, daß sich die Sache seitdem um Vieles geändert hat. Nein, nur die Menschen haben sich geändert. Von beiden Seiten sind sie heftiger, unverträglicher geworden. Der Czeche hat sich mit Selbstüberhebung, der Deutsche mit Trotz gewappnet."

* Dem Vernehmen nach soll die russische Grenzwache im Weichselgebiet und im Rayon vom Eintritt der Weichsel nach Galizien bis unweit Thorns fast um das Doppelte vergrößert werden.

* Aus Stockholm wird der Wortlaut der Thronrede gemeldet, mit welcher am 20. der Reichstag Schwedens durch den König in Person eröffnet worden ist. Dieselbe lautet:

„Gute Herren und schwedische Männer! Ich heiße Euch willkommen zu dem wichtigen Werke, zu welchem Eurer Mitbürger Vertrauen Euch berufen hat. Es ist mir eine Freude, Euch das glückliche Ereigniß meines Hauses mitzutheilen, daß nach dem Schlusse des letzten Reichstags mir der zweite Enkel geboren worden ist. Die Verhältnisse der Vereinten Königreiche zu allen fremden Mächten sind fortdauernd die besten. Ich habe die Einladung angenommen, welche die kaiserlich deutsche Regierung nach Uebereinkunft mit der Regierung der französischen Republik zu einer Conferenz in Berlin über die beste Weise, die Freiheit des Handels und der Seefahrt auf den großen westafrikanischen Flüssen zu schützen, hat ergehen lassen.

Die wachsende Menge der Regierungsfachen und die Nothwendigkeit, sie auf eine bessere Weise zwischen den Mitgliedern des Staatsraths zu vertheilen, hat mich veranlaßt, gewisse Aenderungen in der Regierungsform vorzuschlagen, welche namentlich die Errichtung eines neuen Staatsdepartements für Landbau, Gewerbe und Handel bezwecken. Auch auf dem Gebiete der allgemeinen Gesetzgebung werden Euch mehrere Gesetzentwürfe vorgelegt werden. Andere von hervorragender Bedeutung werden noch vorbereitet. Den ersten Platz unter diesen nimmt ein Vorschlag zur Umbildung des Gerichtsverfahrens ein. Die große und in alle Theile des Gerichtswesens des Landes tief eingreifende Bedeutung dieser Frage erfordert eine besonders umsichtige Erwägung. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, habe ich die Untersuchung der Grundlagen des neuen Entwurfs einer größeren Commission übertragen.

Der Umbildung des Vertheidigungswesens des Landes haben sich zwar Schwierigkeiten entgegengestellt, deshalb darf aber die Arbeit an der Stärkung desselben nicht ruhen. Voran unter den Maßregeln, welche zur Förderung dieses Vorwurfes unter Beibehaltung der jetzt vorhandenen Grundlage der Organisation des Heeres gefordert werden, stellte ich die Entwickelung der gegenwärtigen „Bewehrungs-Einrichtung". Es wird Euch ein Vorschlag zur Bewilligung der Erfordernisse, welche sowohl von der Land- wie von der Seevertheidigung und insonderheit zu einer Vermehrung des zum Marinewesen gehörigen Fahrzeug-Materials gestellt werden, zugehen.

Der Staatsbudget, welches Eurer Prüfung vorgelegt wird, ist unter der Voraussetzung abgefaßt, daß Ihr die besonderen Vorschläge über Herabsetzung der auf gewissen Gütern lastenden Grundsteuern und der Rüstungs- und Rottirungsbeschwerden um 30 Procent annehmt. Auch für die auf die Berfahrt unter dem Namen „Postgelder" gelegten Abgaben schlage ich eine entsprechende Herabsetzung vor. Eine neue Steuer oder eine Steuererhöhung wird für die Bedürfnisse der Staatskasse nicht verlangt.

Es sind bald zwanzig Jahre verflossen, seitdem die letzte Landesweite Industrieausstellung hier im Lande stattfand. Viele Fachmänner und Vertreter der Industrie haben den Wunsch vorgetragen, daß eine neue solche Ausstellung abgehalten werde. Ueberzeugt, daß ein solcher Wettstreit innerhalb des Landes und mit den Nachbarvölkern wirklichen Nutzen bringen und für fortgesetzte Entwickelung der Industrie des Landes ein mächtiger Hebel sein werde, will ich von Euch eine Bewilligung für eine allgemeine skandinavische Industrieausstellung, abgehalten im Jahre 1886 in Stockholm, erbitten.

Ich gedenke noch vorzuschlagen, daß die einstweilige Gehaltserhöhung, welche vom letzten Reichstag für Volksschullehrer bewilligt wurde, größere Beständigkeit erhalte, so daß sie einer Verbesserung ihrer Pensionen zu Grunde gelegt werden könne. Unsere schwedische Volksbildung bekam zuerst ihr Gepräge von der kirchlichen Reformation und wird von deren Vertheidigern beschützt. In wenigen Jahren wird der in unserer Geschichte unvergeßliche Beschluß der Upsala-Synode sein 300. Jahrjubiläum feiern können. Das Gedächtniß desselben wird auf würdige Weise gefeiert werden können durch Wiederherstellung der früheren Schönheit des Tempels des Herrn, innerhalb dessen Mauern die Mitglieder der Versammlung so oft zu Gebet und Anrufung des Beistandes des Höchsten sich vereinten. Die warme Theilnahme für dieses große Unternehmen, welche durch freiwillige Beiträge an den Tag gelegt worden ist, wird, dessen fühle ich mich überzeugt, gleichermaßen von Euch empfunden, und ich hoffe schon im Laufe der gegenwärtigen Reichstagsversammlung Eurer Mitwirkung für diesen Zweck anrufen zu können.

Indem ich für Eure nun beginnende Arbeit Gottes Segen erbitte, erkläre ich diese Reichstagsversammlung für eröffnet und bleibe Euch, gute Herren und schwedische Männer, mit aller königlichen Gnade und Huld wohlgewogen."

Die Sprecher der beiden Kammern traten darauf nach einander hervor und hielten längere Ansprachen an Se. Majestät zur Beantwortung der königlichen Thronrede, welche die besten Aussichten für Erfüllung der königlichen Wünsche durch den Reichstag eröffneten und mit Glückwünschen für den König und sein Haus schließen. Die Sprecher erhielten dann vom Finanzminister jeder ein Exemplar des Staatsbudgets eingehändigt, und nachdem der König mit der Procession nach seinen Zimmern zurückgegangen war, verließen auch die Reichstagsmitglieder den Saal.

* Das officiöse italienische Blatt „Stampa" spricht von Differenzen mit Griechenland und meldet, daß ein italienisches Geschwader in den griechischen Gewässern eine Flottendemonstration unternehmen würde, bis die Differenzen ausgeglichen sind.

* Aus Marokko wird von einem Zwischenfalle berichtet, der sich in Tanger bei Gelegenheit des arabischen Muludfestes ereignete. Auf dem Marktplatze waren zur Feier des Festes mehr als 2000 bewaffnete Personen und eine ungeheuere Menge von Neugierigen versammelt, als die Angehörigen zweier benachbarten Kabylenstämme, die durch Familienzwist streng gespalten sind, handgemein wurden und einige Schüsse fielen. Schon waren eine Frau und drei Männer tödtlich verwundet, als die Kämpfenden in das Haus eines Franzosen eindrangen. Der Gouverneur der Stadt, außer Stande, die Ordnung wieder herzustellen, benachrichtigte eiligst den Secretair der französischen Gesandtschaft, der in Begleitung des Dragomans der Gesandtschaft mit Gefährdung seines eigenen Lebens sich ins Mittel legte und durch seine energische Haltung die Angreifer im Zaume zu halten und einige der Schuldigen festzunehmen vermochte, die sich in einen Keller geflüchtet hatten, wohin Niemand vorzudringen wagte. Die Erregtheit der Gemüther stellt ein französischer Correspondent als eine derartige hin, daß augenblicklich der geringste ähnliche Zwischenfall eine Erhebung der Bevölkerung nach sich ziehen könne.

* Einer Meldung aus Hongkong vom 14. December zufolge ist der Bischof von Canton nebst 30 Missionairen von dem Vicekönig der Provinz, Chan-Chi-Tung, aus der genannten Stadt ausgewiesen worden. Der Bischof und die Missionaire sind seitdem in Hongkong angekommen und haben dort Unterkunft gefunden.

* Die „Pall Mall Gazette" veröffentlicht einen Auszug aus dem deutschen „Weißbuch" in Bezug auf die Fidschi-Inseln unter den folgenden charakteristischen Titeln: „Die Ursache des Streites" — „Verhandlungen unter der Tory-Regierung" — „Bitte aufgeschaut" — „Wir haben euch in Egypten geholfen, warum helft ihr uns nicht in Fidschi?" — „Wir können es nicht thun (Lord Derby)" — „Wir wollen es nicht thun (Lord Granville)" — „Ihr müßt es thun (Fürst Bismarck)" — „Sei's denn, wir werden es thun (Lord Granville)" — und sagt in Bezug darauf:

Die Fidschi-Correspondenz, welche soeben in einem deutschen Weißbuche veröffentlicht worden ist, verspricht eine neue schöne Illustration der großen und jetzt so wohlbekannten Trilogie der englischen Diplomatik — Unschlüssigkeit, Trotzigkeit und Capitulation — zu werden. Zuerst haben wir ein Jahr nach dem andern vergehen lassen, ohne uns um die von Deutschland gemachten Vorstellungen zu kümmern; als darauf Bismarck mit wachsendem Nachdruck auf eine Regulirung der Ansprüche deutscher Unterthanen durch eine gemischte Commission bestand, haben wir uns absolut gemeigert, zu irgend aber, als der Kanzler seine Zähne zeigte, sind wir demüthig zu Kreuze gekrochen. Niemand wird sich darüber wundern, daß diese letzte Capitulation gerade so, wie unser Zaudern gelegen in der Angra-Pequena-Affaire, in die Periode des Zusammentritts der köstlichen egyptischen Conferenz fällt. Die Bedingungen des englisch-französischen Uebereinkommens und die Einladungen zur Conferenz wurden gerade zwei Tage, ehe Lord Granville den deutschen Forderungen in Bezug auf Fidschi nachgab, an die verschiedenen Mächte abgesandt. Niemand sollte sich einbilden, daß die Geschichte der Conferenz in den Sand geschrieben ist. Demüthigungen auf Demüthigung für unser Land, deren Folgen nicht so schnell verwischt werden, sind Englands Erbschaft von jener bemerkenswerthen Versammlung, welche den eindringlichsten Warnungen zum Trotze zusammenberufen und in einer Weise entlassen worden war, die ganz Europa beleidigte.

Die „St. James Gazette" schreibt über denselben Gegenstand:

Dieses officielle Pamphlet wird in England nicht ohne geringen Scham und Ueberraschung gelesen werden, als der Band gleicher Art, welcher im vorigen Monat erschien. Im December enthüllte der deutsche Kanzler und zuerst die Thorheit und Unentschlossenheit, welche ihn zu seinen Annexionen in Westafrika trieb. Heute zeigt er uns, wie unsere Staatsleuter dieselben charakteristischen Züge in ihrer Behandlung der deutschen Ansprüche in Fidschi bewährt haben. Der darauf bezügliche erbärmliche Streit, geführt ohne Würde, Logik und Festigkeit von unserer Seite, endete mit einer complicirten und erniedrigenden Capitulation unter genau denselben Bedingungen, welche wir 6 Monate vorher zurückgewiesen hatten. Ein besserer Beweis für die gänzliche Unfähigkeit dieser besten aller Regierungen, die einfachsten Geschäfte der Nation zu leiten, kann wohl nicht in der ganzen beschämenden Geschichte der letzten fünf Jahre gefunden werden.

* Der Pariser „Temps" schreibt zur egyptischen Frage:

Wir können es heute als hinlänglich sicher erachten, daß die Mächte darüber einig geworden sind, zu verlangen, daß die Anleihe, welche der egyptischen schwebenden Schuld gewährt werden und die Zahlung der Inhaberpapiere von Aegypten decken soll, unter einer Garantieübergabe gestellt werde, anstatt eine ansehnliche realische Operation zu bilden. Wir können des Weiteren auch nicht mehr daran zweifeln, daß die Mächte die Forderung des Londoner Cabinets, die Domainen und die Taxe von ihrer jetzigen Verwendung loszulösen, um sie von einer englischen Behörde verwalten zu lassen, zurückweisen werden. Fügen wir zu diesen Klauseln noch die an die Regierung des Khedive bereits gestellte Forderung seitens Deutschlands und Rußlands, in die Verwaltung der Staatsschuldencasse einzutreten, und wir haben keine große Mühe, den Charakter der von den Mächten England gegenüber angenommenen Politik zu bestimmen. Die Haltung der Staaten, von denen wir sprechen, läßt sich in einen Satz zusammenfassen: indem England nach seinen Vorschlägen zu urtheilen, sich als im Besitze erworbener Rechte über Egypten betrachtet